



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Barbara Becker, Dr. Ute Eiling-Hütig, Klaus Holetschek, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Manuel Westphal** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Johann Häusler, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Mehr Wertschätzung für die Beschäftigten in Bayerns Kliniken, verstärkte Pflege der Pflegenden

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag unterstützt alle Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitssituation in den Krankenhäusern Bayerns. Pflegekräfte, Ärzte, Heilmittelerbringer, Apotheker und weitere Gesundheitsfachberufe leisten eine für die Versorgung der Menschen essentiell wichtige, ja unschätzbare Arbeit.

Der Landtag fordert deshalb die Staatsregierung auf, in ihren Bemühungen im Präventionsplan des Freistaats sowie im Bündnis für Prävention um das betriebliche Gesundheitsmanagement auch des Personals in den bayerischen Krankenhäusern nicht nachzulassen.

Darüber hinaus appelliert der Landtag an die Tarifvertragsparteien, die segensreiche Arbeit des Gesundheitsfachpersonals in unseren Krankenhäusern so gut wie möglich zu honorieren und Verbesserungen auch bei Nacht-, Sonn- und Feiertagsdiensten zu erreichen.

Begründung:

Der Antrag der SPD-Fraktion (Drs. 18/6161) „Arbeitssituation des Klinikpersonals verbessern!“ erkennt grundlegende Zusammenhänge der Zuständigkeiten und der Systematik der Rechtsverhältnisse unserer Krankenhäuser in Bayern. Mit dem nachgezogenen Antrag soll die Dankbarkeit für die Leistungen der in den Krankenhäusern Beschäftigten dokumentiert werden. Zudem sollen die Zuständigen im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten dazu aufgefordert werden, diese Leistungen zu fördern und zu honorieren. In ihrer Verantwortung gefordert sind dabei ebenfalls die Krankenkassen sowie die Tarifparteien.